

SOLL DEUTSCHLAND WEITER ÜBER DURBAN II VERHANDELN?

Entgiften statt torpedieren!

Vorsicht, Hinterhalt!

PRO

VON SERGEY LAGODINSKY

Vor zwei Wochen war ich einer der Initiatoren eines rot-rot-grünen Appells an die Bundesregierung für den Rückzug aus den Verhandlungen zur Nachfolgekonferenz von Durban. Nur so, glaubten wir damals, könne man den Missbrauch des Themas zum Zweck der antiewestlichen und antisraelischen Stimmungsmache verhindern.

Wie schnelllebig das internationale Politikgeschäft sein kann! Es bedurfte lediglich einer klaren Sprache seitens der EU und des deutschen Außenministers, schon lag den Beteiligten ein neuer, verkürzter und verschrifteter Entwurf des Abschlussdokuments für die Konferenz in Genf vor. Trotz einiger Bedenken stellt dieses Papier nunmehr eine Grundlage für weitere Verhandlungen dar.

Man darf dabei auch nicht den Charakter des Dokuments übersehen. Weder die ursprüngliche Erklärung von Durban noch das derzeit diskutierte Dokument sind verbindlich. Es handelt sich um Absichtserklärungen, denen nicht mal durch die Annahme in der Generalversammlung rechtliche Bedeutung erwürsche.

Entsprechend sollte diskutiert werden: Die Symbolkraft des jetzigen Entwurfs muss an seinen sichtbaren Verbesserungen, nicht an seinen unsichtbaren Mängeln gemessen werden. Und die Änderungen sind sichtbar positiv: Enthielt die Vorversion des Textes noch zahlreiche Verurteilungen Israels, so findet der Nahostkonflikt jetzt kein einziges Mal Erwähnung. Verschwunden sind der siebenmalige Gebrauch des Begriffs der „Religionsdiffamierung“ sowie die Hervorhebung des Islams als besonders verfolgte Religion. Der umstrittene Begriff der Islamophobie taucht nur noch ein einziges Mal auf, und zwar in Verbindung mit anderen Formen der Intoleranz (etwa dem Antisemitismus). Ausdrucklich wird die Erinnerung an den Holocaust hervorgehoben, und es wird auf die Resolutionen der UNO verwiesen, die die Leugnung der Schoa verurteilen.

Dass der Entwurf mit dem Verweis auf die Erklärung von Durban aus dem Jahre 2001 beginnt, wundert einen kaum, liegt es doch schon am Auftrag von Durban II, eine Nachfolgekonferenz von Durban I zu sein. Wer die Erklärung von Durban kennt, weiß auch um die positive Bedeu-



Im südafrikanischen Durban gehörte 2001 Anti-Israellismus zum Programm. Wird dies bei der Antirassismus-Konferenz in Genf wieder so sein? Foto: Reuters

tung verschiedener Abschnitte dort: etwa die Definition des „Rassismuskonzepts“ oder die Anerkennung des Sklavenhandels als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die zwei für die UNO-Verhältnisse überraschend ausgewogenen Absätze zum Nahostkonflikt haben in der 60-seitigen Erklärung zum Rassismus 2009 in der Tat nichts verloren. Doch genauso, wie man diesen Fehler von Durban I nicht mehr ungeschehen machen kann, verleiht man auch durch diesen Verweis dem Gesamtdokument keine zusätzliche rechtliche Legitimation. Zudem wäre aus der Sicht der EU, die anders als die USA den Durban-I-Text maßgeblich mitgestaltet hat, eine völlige Distanzierung von der Erklärung von 2001 widersprüchlich.

Auch die Kritik, dass die Begrenzung der Meinungsfreiheit durch das Verbot der Hassrede gegen das anerkannte Verständ-

nis der Meinungsfreiheit verstöße, ist falsch. Vielmehr entspricht ein solches Verständnis den völker- und europarechtlichen Standards, die die Bestrafung der Holocaustleugnung international begründen.

Es kann uns angesichts der Wichtigkeit der Rassismusbekämpfung nicht darum gehen, den Durban-Prozess zu torpedieren, sondern darum, ihn zu entgiften. Die Symbolwirkung der jetzigen Verhandlungsergebnisse lässt hoffen: Keine der beteiligten Parteien wird behaupten können, dass man den Nahostkonflikt als rassistisch diffamieren darf oder dass das Konstrukt der „Religionsdiffamierung“ internationale Anerkennung genieße. Man wird immer auf den fehlenden internationalen Konsens verweisen können, der jetzt dokumentiert wurde.

Nun gilt es: Weiterverhandeln, an bisherigen positiven Ergebnissen festhalten und auf weitere Verbesserungen drängen.

CONTRA

VON THIERRY CHERVEL

Reden ist eine tolle Sache. Solange man redet, schlägt man sich nicht. Man muss aber auch aufpassen, dass einem nicht anderweitig das Maul gestopft wird. Zum Beispiel mit Begriffen, die man selbst entwickelt hat. Begriffe wie „Menschenrechte“ oder „Rassismus“ sind im Westen als Instrument demokratischer Selbstkritik geprägt worden. Die Lebensqualität einer Gesellschaft bemisst sich entscheidend an der Anwesenheit der Menschenrechte und der Abwesenheit von Rassismus.

Die Begriffe sind Errungenschaften eines säkularen Kampfes gegen die Autoritäten der Religion und des Staates. Dabei hat der Westen auf dem Weg zu den Menschenrechten keineswegs saubere Finger gehalten. Sie wurden auch erkröpft unter entsetzlichen Regressionen, zu denen die Sklaverei, der Kolonialismus, der Holocaust und der Gulag gehören. Nur ein gebranntes Kind hat einen Begriff vom Menschenrecht, und es weiß, dass es auf Teufel komm raus daran festhalten muss.

Also reden, okay! Aber Demokratien, die nach Genf zur Durban Review Conference der UNO gehen, akzeptieren, dass die Begriffe der Menschenrechte und des Rassismus allein gegen sie in Anschlag gebracht werden. Und da muss man das Palaver auch mal zum Schweigen bringen und neu über die Bedingungen des Redens nachdenken. Man darf in der Durban-Konferenz im Jahr 2001, die später durch das Faln des 11. September in Vergessenheit geriet, nicht nur das antisemitische Spektakel sehen. Man muss auch analysieren, wofür dieser Antisemitismus ein Symptom ist und daraus Konsequenzen ziehen.

Der UNO-Menschenrechtsrat wird bekanntlich dominiert von islamischen Staaten einerseits und afrikanischen Ländern andererseits. Keines dieser Länder ist eine Demokratie. Alle diese Länder eint, dass sie sich ausschließlich als Opfer ihrer ehemaligen Kolonisatoren, also des „Westens“ definieren. Das ist für sie das Bequemste.

Am deutlichsten zeigen lässt sich das am Begriff des „transatlantischen Sklavenhandels“, der selbst in dem jetzt vorgelegten Kompromisspapier für Durban II als einziger Aspekt des Themas Sklaverei herausgegriffen wird. Kein Hinweis darauf, dass der transatlantische Sklavenhandel – ein Menschheitsverbrechen, ohne Zweifel – ohne die Infrastruktur des arabischen und innerafrikanischen Sklavenhandels gar nicht hätte funktionieren können. In zugleich hämischer und kindischer Weise kürzen sich die islamischen und afrikanischen Staaten also heraus aus der Geschichte, um es Opfer mit um so reinerer Weste dazustehen. Das Gespenst des Antisemitismus lugt gleich an zwei Stellen aus diesem be-

wusst mit Begriffen der Demokratie gegen die Demokratie eingesetzten Diskurs hervor: Einerseits natürlich dadurch, dass Israel im Abschlusspapier der Durban-Konferenz von 2001 und in sämtlichen Vorbereitungsarbeiten für Durban II als einziger angeblich rassistischer Staat herausgegriffen wird. Nur im jetzt vorgelegten Kompromisspapier fehlt dieser direkte Bezug auf Israel – und er wird doch hinterücks durch die ausdrückliche Berufung auf das Abschlussdokument von 2001 wiederhergestellt.

Aber fast noch gefährlicher ist der indirekte, aus Opferneid gespeiste Antisemitismus des Postkolonialismus. Dem Westen wird vorgeworfen, den Holocaust als Vorwand zu benutzen, um von anderen Menschheitsverbrechen wie Sklaverei und Kolonialismus abzulenken. Außerdem hätte man gern Reparationszahlungen.

Dieser Diskurs kann bis zur Holocaustleugnung führen, wie man vor einigen Monaten in Paris sehen konnte. Dort holte der kamerunisch-französische Stand-up-Comedian Dieudonné den Negationisten Robert Faurisson auf die Bühne, um ihn vor 5.000 jubelnden Zuschauern aus der Mitte der Gelände mit einem Preis für „Political Incorrectness“ auszuzeichnen. Seltsam, dass dieser Fall von den westlichen Öffentlichkeiten, die wochenlang erregt über den holocaustleugnenden Bischof Williamson diskutierten, so lautlos weggesteckt wurde.

Dass die Holocaustleugnung von rechts als Verbrechen geübelt wird, während die Holocaustleugnung im Namen des Postkolonialismus als fehlgeleitetes Denken abgetan und schnell verdrängt wird, hat damit zu tun, dass mit dem Opferkomplex der islamischen und afrikanischen Staaten ein westlicher Schuldkomplex korrespondiert. Ihn hat Pascal Bruckner vor mehr als 20 Jahren in *Das Schlachten des weißen Mannes* zuerst analysiert.

Aber der Schuldkomplex ist überheblich, der Opferkomplex kindisch. Der Westen als der automatisch Schuldige, dem die ehemaligen Kolonien als die automatischen Opfer gegenüberstehen: In dieser Perspektive, für beide Seiten ungerechte Konstellation soll die Welt in der Durban Nachfolgekonferenz von Neuem – systematisch und bewusst – gezwängt werden. Aus dieser Konstellation müssen sich beide erst lösen, bevor sie wieder redet können. Der UNO-Menschenrechtsrat in seiner jetzigen Form ist obsolet.



THIERRY CHERVEL ist Chefredakteur des Online-Kulturmagazins *Perleнтаucher*. Vorher war Chervel Redakteur der taz und der Süddeutschen Zeitung.



SERGEY LAGODINSKY ist Jurist und Sprecher des Arbeitskreises Jüdischer Sozialdemokraten.

Leserbriefe

Aufarbeitung

Jessica Jacoby: Halbe Juden, ganze Christen
Jüdische Allgemeine vom 12. März 2009

Irgendwie kommt es mir vor, als wäre ich auf einer anderen Veranstaltung gewesen. Sicher, da gab es ein Zeitzeugengespräch, bei dem ein preußisch-protestantischer Beiklang mit im Spiel war, aber was doch eigentlich interessierte, waren Ausgrenzung, Zwangsarbeit, Deportation, Flucht wie Überlebenswege – und darüber wurde lebhaft und bewegend berichtet. Die meisten Teilnehmer gehörten der „Gruppe“ der „jüdischen Mischlinge“ an. Das war das wohlwollend Verbindende. Doch die Familienschicksale, die man teilen zu können glaubte, unterschieden sich erheblich voneinander. Darin wiederum lag das bereichernde Trennende.

Ralf Seidel, Mönchengladbach

Ich habe den Eindruck, dass dieser Artikel unfair ist, insofern er nahezu bewusst am Thema und Ziel der Veranstaltung vorbeigeht: Es ging in dieser Tagung nicht um das christlich-jüdische Verhältnis, sondern um Menschen, die sich aus welchen Gründen auch immer dazwischen fühlen und damit

zum Teil Probleme hatten oder haben. Für die Prägung, Traumatisierung oder eben auch erfolgreiche Bewältigung des schwierigen familiären Erbes kann es wichtig gewesen sein, in einer Familie aufzuwachsen, in der auch der nichtjüdische Teil eine positive Rolle gespielt hat.

Judith Hartmann, Berlin

Von einer „christlichen Dominanz“ oder von einseitigen Aufarbeitungsversuchen der „mächtigen“ evangelischen Kirche über ihre Rolle im Dritten Reich mit jüdischen Teilnehmern quasi zur moralischen Entlastung kann wirklich keine Rede sein. Vielmehr ging es auf der Tagung darum, die Folgen von „Vermischung“ in den betroffenen Familien der zweiten und dritten Generation differenziert auf der Basis zeitgeschichtlicher Fakten aufzuspüren. Kein Wort darüber, dass diese Gruppe der Verfolgten über Jahrzehnte in der Öffentlichkeit wie in der Forschung kaum beachtet wurde. Kein Wort über die unsäglichen Widersprüche und Abgründe durch die von den Nazis erzwungene Verleugnung der Herkunft in diesen Familien, kein Wort über die Spätfolgen der Verleugnung, keine Rede von der generationsübergreifenden

Weitergabe der Verleugnung, die häufig zu einer verwirrenden, nicht selten in Krankheit mündenden „Dazwischen-Identität“ geführt haben.

Jörg Kaspar Roth, München

Anmaßung

F. Keil / C. Schmitt: Hamburger Begegnung
Jüdische Allgemeine vom 5. März 2009

Was rechtfertigt eigentlich das merkwürdige anmaßende Motto dieser Brüderlichkeitswoche: „So viel Aufbruch war nie“? Als Appell oder als Wunsch verstanden mag man ja gern an viel Aufbruch wie nie denken. Aber als Realitätsbeschreibung ist ein solches Motto doch zweifelhaft. Sodann: Jüngste problematische Vorgänge innerhalb der katholischen Kirche werden in diesem Artikel erwähnt. Aber auch in der evangelischen Kirche gibt es Fragwürdiges. Dieselbe Bischöfin Jepsen, die auf der Hamburger Veranstaltung ihre Verbundenheit mit Juden kundtat, hielt am 30. Oktober 2008 in Beit-Jala für die dortige palästinensische christliche Gemeinde einen Gottesdienst, in dem für den „Abbau“ der von Israel errichteten „Mauer“ gebetet wurde – mit anschließendem demonstrativem „Marsch“ zur „Mauer“. Die Bischöfin fand Worte für gedemütigte, sich erniedrigt fühlende, eingeengt, sich nach Freiheit und Weite sehende Palästinenser. Aber dass die „Mauer“ eine wirksame Schutzvorrich-

tung ist, die terroristische Anschläge reduziert und damit Leben von Juden rettet, wurde nicht gesagt.

Birgit Schintholzer-Barrows, Korntal-Münchingen

Auslöschung

Micha Brumlik: Sprachlos
Jüdische Allgemeine vom 19. März 2009

Mit Verwunderung habe ich gelesen, dass Sie über Tim schreiben: „Nicht nur, weil er 15 Leben (...) ausgelöscht hat“. Können Sie nicht zählen oder wollen Sie nicht zählen? Zählt das Leben von Tim nicht auch? Hat er nicht auch sein Leben ausgelöscht?

Klaus Schober, per E-Mail

Äußerung

Boykott
Jüdische Allgemeine vom 26. Februar 2009

Die Äußerung von Dieter Graumann ist sehr belästigend. Auch in unserem Glauben darf nicht alles über einen Kamm geschert werden, und auch in der Partei Die Linke gibt es jüdische Mitbürger. Wenn Sie diese Meinung vertreten, verunglimpfen Sie auch uns. Ich stimme zu, dass solche Äußerungen nicht gesagt werden dürfen, doch das sind die wenigen oder Einzeln, die nicht überlegen, bei denen die Zunge schneller als der Gedanke ist. Doch dafür

darf der Rest nicht in Mitleidsenschaft gezogen werden. Ich bin Deutscher, Jude und Mitglied der Partei Die Linke.

Don-David Schäfer, Köln

Empörung

Deborah Ferencik: Die Frage nach dem Warum
Jüdische Allgemeine vom 26. März 2009

Als Überlebende der Schoa und aus traditioneller Familie stammend, kann ich mich nur über die dumme Rebbezin Esther Jungreis aufregen. Was erlaubt sie sich, Millionen von umgebrachten gläubigen Juden so zu beleidigen? Das erinnert mich an einen deutschen Bengel, der sagte: „Die Ostjuden sind selbst schuld, dass sie von Russen besetzt sind, weil sie evangelisch sind.“

Ausrufung

Ingo Way: Jüdisch? Gibt's nicht!
Jüdische Allgemeine vom 5. März 2009

Trotz enormer Arbeit von Israel Finkelstein ist die jüdische Siedlungsgeschichte in Palästina ein Mythos geblieben. Das geht aber vielen Völkern so und berechtigt den Historiker Shlomo Sand keineswegs, in Palästina einen moslemischen Gottesstaat auszurufen. Davon gibt es im Nahen Osten bereits mehr als genug.

Peter Kraa, per E-Mail

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.